



BlmA: Der Gemeinwohlorientierung Geltung verschaffen – das Höchstpreisprinzip ablösen

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster

Bahnhofstraße 9
48143 Münster
Tel. (0251) 45 314
Fax (0251) 511 750
www.spd-muenster.de

Der Rat möge beschließen:

04.02.2013

„Der Oberbürgermeister der Stadt Münster wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine unverzügliche Umsetzung von Punkt 4.2 „Liegenschaftspolitik“ des Koalitionsvertrages in Bezug auf Münster einzusetzen und die besonderen Bedarfe der Stadt Münster anzumelden.“

Begründung:

Gemäß Punkt 4.2 „Liegenschaftspolitik“ des Koalitionsvertrages wird „mit Rücksicht auf die vielen am Gemeinwohl orientierten Vorhaben der Kommunen, wie der Schaffung bezahlbaren Wohnraums und einer lebendigen Stadt, eine verbilligte Abgabe von Grundstücken realisiert“. Auf der Grundlage eines Haushaltsvermerks können so Konversionsliegenschaften verbilligt abgegeben werden.

Bisher war die BIMA verpflichtet, Grundstücke zu Höchstpreisen zu veräußern. Die zitierte Bemerkung aus dem Koalitionsvertrag ermöglicht es der BIMA nun endlich, Grundstücke verbilligt abzugeben. Erforderlich ist lediglich ein Haushaltsvermerk. Da in Münster noch einige Konversionsflächen zur Vermarktung anstehen, die für die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum geeignet und hierfür im Wohnstandorte-Konzept auch bereits vorgesehen sind, besteht die Möglichkeit, dass über die Klausel des Koalitionsvertrages endlich auch für Bürgerinnen und Bürger mit schwachen und mittleren Einkommen zusätzlicher Wohnraum geschaffen werden kann.

Aufgrund der besonderen Lage der Stadt Münster, die sich in einer großen Zahl verfügbaren Konversionsflächen und gleichzeitig einem extrem angespannten Wohnungsmarkt ausdrückt, muss schleunigst der dringende Bedarf bei der Bundesregierung angemeldet werden. Daher fordern wir den Oberbürgermeister auf, sich unverzüglich dafür einzusetzen, dass schon mit dem Bundeshaushalt 2014 ein entsprechender Haushaltsvermerk erlassen wird und Münsters besonderer Bedarf berücksichtigt wird. Es darf nicht sein, dass das Abrücken vom Höchstpreisprinzips für Münster zu spät realisiert wird!

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Fraktion im Rat der Stadt Münster

Dr. Michael Jung
Philipp Gabriel
Ralf Hubert
Stephan Brinktrine
Robert von Olberg
Anne Schulze Wintzler
Holger Wigger

Dr. Fritz Baur
Beanka Ganser
Mathias Kersting
Gaby Kubig-Steltig
Kurt Pölling
Petra Seyfferth
Maria Winkel

Thomas Fastermann
Anne Hakenes
Marianne Koch
Doris Lammert
Friedhelm Schade
Beate Vilhjalmsen

